



ZVPÖ – ZEITUNG DES ZENTRALVERBANDES DER PENSIONISTINNEN UND PENSIONISTEN ÖSTERREICHS, gegr. 1924



## Die Provokation des Herrn Lehner und das Kleingedruckte im Budget

Peter Lehner ist Obmann der Sozialversicherung der Selbständigen (SVS). Dieser Vertrauensmann der ÖVP in der Sozialversicherung ist auch Obmann des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und der Gesundheitskasse ÖGK, hat sich während der gescheiterten Dreierregierungsverhandlungen mit der Bemerkung hervorgetan: „Wir dürfen vom Gesundheitssystem nicht den Mercedes in Vollausstattung erwarten. Die Aufgabe des Gesundheitssystems ist es, einen guten Standard-Golf zu liefern und nicht den Mercedes.“

Auf gut Deutsch: die Holzklasse für die breite Masse, die bessere medizinische Versorgung für die, die es sich leisten können. Selten hat ein Politiker – selbst aus

der ÖVP – so offen für die Zwei- oder Mehrklassenmedizin plädiert.

Was würde Holzklassenmedizin bedeuten? Statt Medizin auf dem Stand der Wissenschaft Placebos und Homöopathie? Hightechmedizin für die Millionäre und Privatversicherten?

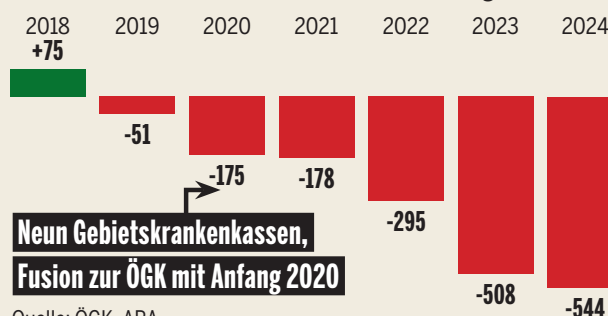
Herr Lehner sieht offenbar die Mi-

sere, die er und seine Partei bzw. die „Wirtschaft“, deren Funktionär er war, in der Krankenversicherung angeordnet haben – statt „Patientenmilliarde“ wachsende Defizite – und gerät darüber in Panik. Natürlich soll sich für die Selbständigen nichts ändern. Für die zahlt der Staat sowieso etwa fünfzig Prozent der Ausgaben in die Pensionsversicherung. Aber in der Krankenversicherung sieht er „Handlungsbedarf“ auf Kosten der Versicherten: kein weiterer Ausbau der Leistungen, bzw. deren Abbau.

Inzwischen ist bekannt geworden, dass die RegierungsverhandlerInnen – gut versteckt im Sparpaket – planen, die Krankenversicherungsbeiträge der PensionistInnen von 5,1% auf 6% zu >> Seite 2

### ÖGK wurde ins Defizit geführt

Überschuss / Defizit in Millionen Euro, Prognose



Quelle: ÖGK, APA

Fortsetzung von Seite 1

» erhöhen. Für eine Bruttopension von € 2.000 bedeutet das € 252 zusätzlich an Abgaben. Dazu kommt der Wegfall des CO<sub>2</sub>-Bonus und die Teuerung der Energiekosten. Zusammen also über tausend Euro im Jahr.

## Höchstbeitragsgrundlage abschaffen

Ein Gedanke ist Herrn Lehner und den RegierungsverhandlerInnen natürlich fremd: die Beiträge zur Krankenversicherung solidarischer zu gestalten. Das würde bedeuten, diejenigen zur Sanierung der Krankenkasse und der Sicherung des Gesundheitswesens und der Krankenversorgung heranzuziehen, die keinen Beitrag leisten. Das sind alle diejenigen, die mehr als € 6.450 (Stand 2025) verdienen, aber von diesem Mehr keinen Cent Versicherungsbeitrag leisten. Beiträge an die Krankenversicherung (7,65% vom Bruttoeinkommen - Dienstnehmer- und Dienstgeberbeiträge) sind nur bis zu dieser Höchstbeitragsgrundlage zu leisten, alles darüber bleibt beitragsfrei. Die Bestverdiener zahlen also relativ weniger ein als die breite Masse und finanzieren sich mit den dadurch ersparten Geldern ihre Privatversicherungen.

Der ZVPÖ fordert daher schon seit Jahren, die Höchstbeitragsgrenze in der Krankenversicherung aufzuheben und damit die Krankenversicherungsbeiträge solidarischer zu gestalten. Wer mehr verdient, soll zumindest auch den Beitragssatz zahlen, den alle anderen Versicherten auch bezahlen. Das würde zusätzliche hunderte Millionen in die Krankenversicherung spülen und damit das Defizit nicht nur ausgleichen, sondern auch zusätzliche Mittel zum dringenden Ausbau des Gesundheitswesens bereitstellen. Es ist unerträglich, dass die Kleinen wieder zahlen und die G'stopften geschont werden! ■



Rezy / Pixabay

# Teures neues Jahr

## Was an Mehrkosten auf uns zukommt

Seit Jahresbeginn 2025 steigen viele Abgaben, Steuern, Gebühren und Preise. Das liegt unter anderem daran, dass viele Entlastungsmaßnahmen in ganz Österreich beendet und Preise, Steuern und Gebühren deutlich erhöht werden. Der Wegfall des CO<sub>2</sub>-Bonus bedeutet eine generelle Steuererhöhung um rund € 2 Mrd. Deutliche Mehrkosten kommen durch Erhöhungen der Mieten - plus 5 Prozent sind trotz Mietdeckel wieder zulässig - und höhere Strom- und Gaspreise wegen gestiegener Netzkosten und weiterer Verbrauchssteuern zustande.

### Preise auf Rekordhoch

Billigste Lebensmittel erreichen Rekordpreise. Seit September 2021 explodierten etwa die Kosten von Penne-Nudeln um 97 Prozent, von Mehl und Kaffee um 88 Prozent! Sogar Grundnahrungsmittel wie Eier, Brot und Milch sind betroffen. Selbst im Vergleich zu 2023 haben die Preise nochmals kräftig angezogen. Das zeigt der aktuelle AK-Preismonitor der 40 billigsten Lebens- und Reinigungsmittel vom Dezember 2024.

Hinzu kommen steigende Gesundheitskosten. Die Rezeptgebühren wurden ebenfalls angehoben. Auch der Zahnarztbesuch kommt wegen des Amalgamverbots teurer.

Bahnfahrten wird teurer aufgrund von Preiserhöhungen bei der ÖBB. Auch das Autofahren wird mehr kosten. Die KFZ-Steuer steigt für viele Neuwagen an. Die einmalig für ein Neufahrzeug zu entrichtende Nova wird generell erhöht. Der Preis für die neue Autobahn-Jahresvignette wird um 7,7 Prozent verteuert, zusätzlich steigen auch die Parkgebühren in Wien.

### Gebührenplus von rund 44 Prozent

Die Sparpläne von FPÖ und ÖVP sehen eine drastische Erhöhung der Bundesgebühren vor. Reisepass, Führerschein, Personalausweis oder KFZ-Zulassung werden an die Inflation angepasst. Da die Gebühren seit 2011 nicht mehr valorisiert wurden, dürfen die Kosten um 44 Prozent steigen.

Da dürfen wir schon fragen: Was lassen wir uns noch alles gefallen? ■

**Besuchen Sie unsere Website.**

**Aktuelle Themen und Termine gibt's unter**

**www.zvpoe.at**

**f ZVPÖ**



**Die Pensionistin spricht**

# Altersarmut ist meist Frauensache

Gewalt gegen Frauen kann viele Formen annehmen. Von struktureller Gewalt gegen Frauen spricht man u.a., wenn die Verteilungsmodalitäten in einer Gesellschaft so gestaltet sind, dass die Arbeit, die überproportional häufig von Frauen verrichtet wird, zu keiner eigenständigen Existenzsicherung im Alter führt. Seit Einführung des Pensionskontos 2003 gilt die Formel 45:65:80: Wer zum Regelpensionsalter in Pension geht, soll nach 45 Versicherungsjahren 80 Prozent des gesamten durchschnittlichen monatlichen Lebenseinkommens als Pension bekommen. Das schaffen, wenn überhaupt, nur Männer und kinderlose Frauen bzw. Frauen ohne Betreuungspflichten. Die übrigen Frauen – und das ist das Gros – arbeiten über weite Strecken ihres Lebens Teilzeit, schlecht oder unbezahlt, haben Erwerbsunterbrechungen und in Summe ein niedriges Erwerbseinkommen. Die Crux liegt darin, dass Frauenarbeit nicht ausreichend pensionsgenerierend ist. 2023 erhielten insgesamt 71.062 Alterspensionistinnen eine Ausgleichszulage, bei Pensionisten waren es 37.780. Der Frauenanteil lag somit bei 65,3 %. (Pensionsversicherung 2023). Von den 1.116.321 Alterspensionistinnen in Österreich beziehen 6,37% eine Ausgleichszulage, d.h. eine Aufstockung ihrer geringen Eigenpension auf den Richtwert von 1.273,99 brutto. Nicht berücksichtigt sind hier Empfängerinnen einer Witwenpension und einer Erwerbsunfähigkeitspension, die eine Ausgleichszulage beziehen.



**Hilde Grammel**

## Familienrichtsatz abschaffen

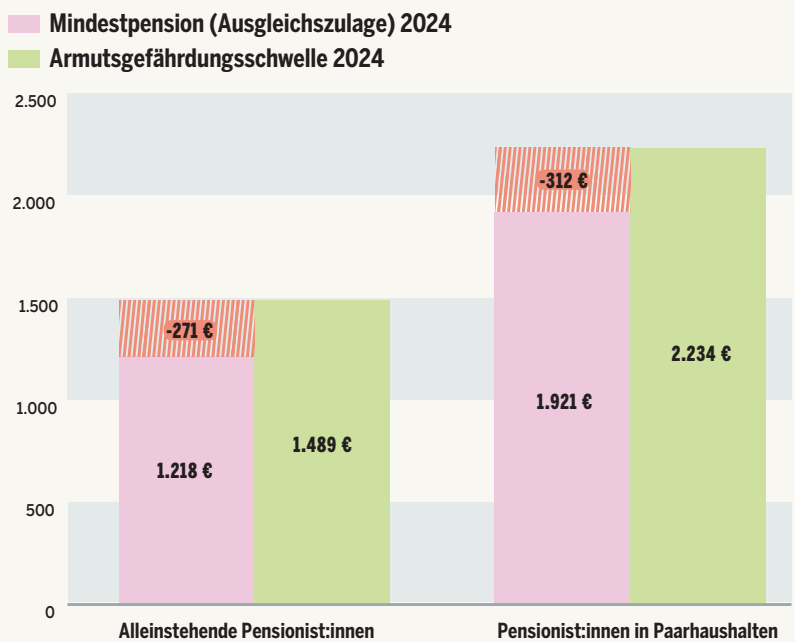
Bei Zwei-Personen-Haushalten sieht es nicht besser aus. Zwei in einer Partnerschaft lebende Personen haben seit 1.1.2025 Anspruch auf eine gemeinsame Pension von mindestens € 2.009,85 brutto 14 Mal im Jahr. Auch hier liegt der Ausgleichszulagenrichtsatz unter der Armutsgrenze, die € 2.234 (2024) betrug. Das Referenzbudget rechnet für einen Zweipersonenhaushalt mit einem Bedarf von € 2.690 (Wert von 2024). Hier kommt der sogenannte Familienrichtsatz ins Spiel, der auf der Fortführung des Gedankens der ehelichen „Wirtschaftsgemeinschaft“ beruht. Bei der Berechnung der Ausgleichszulage wird das gesamte Haushaltseinkommen herangezogen, die Pension oder das Einkommen des Partners\_ der Partnerin wird also zur eigenen dazugerechnet, wodurch in vielen Fällen der Anspruch auf Ausgleichszulage gänzlich verfällt. Das führt dazu, dass viele Frauen im Alter von den Pensionsbezügen / dem Einkommen des Partners\_ der Partnerin abhängig sind. Wie es sich konkret mit so wenig Geld lebt, wie dessen Aufteilung im gemeinsamen Haushalt im Detail erfolgt und welche Mitentscheidungsmöglichkeiten

» Seite 4

## Ausgleichszulage noch immer unter der Armutsschwelle

Das zeigt die Statistik für das Jahr 2024. Um nicht unter die Armutgefährdungsschwelle zu fallen, hätte die Ausgleichszulage um einen zusätzlichen monatlichen Betrag von mehreren hundert Euro aufgestockt werden müssen. Die Anfang des Jahres erfolgte Aufstockung des Ausgleichszulagenrichtsatzes um 4,6 % ist also zu niedrig ausgefallen. Welchen Betrag man eigentlich zum Leben benötigen würde, zeigen die „Referenzbudgets“ des Dachverbandes der Schuldnerberatungen auf. Der dort genannte Wert für 2024 liegt für einen Einpersonenhaushalt bei rund € 1.730 monatlich. Betrachtet man diesen Wert als das Mindestmaß zum Leben, so wäre eine noch deutlichere Aufstockung notwendig, schon allein, weil für heuer mit einem höheren Wert gerechnet werden muss.

## Mindestpensionen immer noch nicht armutsfest Auch 2024 fallen Ausgleichszulagenbezieher:innen weit unter Armutgefährdungsschwelle



Quelle: EU SILC 2022, WIFO Prognose Juni 2023, eigene Berechnung  
Anmerkung: Ausgleichszulage und Armutgefährdungsschwelle inflationsangepasst auf 2024 bei einer Pensionserhöhung von 9,7 %. Beide Werte 14 Mal pro Jahr, in Bruttopreisen. Die Armutgefährdungsschwelle von EU-SILC bezieht sich aktuell auf das Jahr 2022. In der Grafik wurde sie mit der WIFO Prognose für real verfügbare Einkommen und Verbraucherpreisen auf das Jahr 2024 fortgeschrieben.

**WIRTSCHAFTS**  
**UNIVERSITÄT**  
**WIEN**  
**INSTITUT**

Fortsetzung von Seite 3

Frauen dabei haben, darüber gibt es keine Untersuchungen.

Der ZVPÖ bekräftigt daher erneut seine Forderung nach armutssicheren Ausgleichszulagen und nach Abschaffung des Familienrichtsatzes, damit Frauen mit einer geringen Eigenpension auch eine Ausgleichszulage erhalten.

### Witwen-/Witwerpension nicht mit Ausgleichszulage gegenrechnen

Wer gedacht hätte, dass eine Witwen-/Witwerpension vor Armut schützt, muss sich eines Schlechteren belehren lassen: Beim Ableben einer von zwei im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen, die zusammen eine Pension in Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Paare von € 2.009,85 erhalten haben, bekommt der die Hinterbliebene nun nicht die Ausgleichszulage für einen Einzelhaushalt und zusätzlich dazu die Witwen-/Witwerpension, sondern wird letztere als Eigenpension gerechnet und nur um den Differenzbetrag zur Ausgleichszulage aufgestockt. Und das, obwohl die Kosten, die nun von einer Person alleine zu bestreiten sind, weit mehr ins Gewicht fallen.

Wäre man bei den Milliarden, die anderswo im Staat im großen Stil verschleudert wären, auch so genau, hätten wir wahrscheinlich kein Budgetdefizit von € 8,1 Mrd., das nun auch mit dem Geld der PensionistInnen verringert werden soll. Altersarmut ist grundsätzlich eine Schande, eine umso größere für ein reiches Land wie Österreich. Die hier gegebenen Einblicke in die Lebensumstände von Seniorinnen machen deutlich, dass die Prioritäten der Regierungen der letzten Jahrzehnte nicht bei der Verbesserung der Situation älterer Menschen lagen, sondern in der Ermöglichung von Über-Reichtum einiger weniger. Das muss sich ändern! ■

Hilde Grammel ist Mitglied im Bundesvorstand des ZVPÖ.

## Ihr Vermächtnis:

# Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

## Wir feiern in diesem Jahr 80 Jahre Befreiung Österreichs von der faschistischen Fremdherrschaft und die Wiedergeburt Österreichs.

Ende März 1945 erreichten sowjetische Truppen österreichischen Boden, am 13. April wurde Wien nach einem opferreichen Kampf von der Roten Armee befreit. Am 27. April 1945 wurde unter Beteiligung von SPÖ, ÖVP und KPÖ eine provisorische Regierung gebildet. In der Moskauer Deklaration der Alliierten der Antihitlerkoalition von 1943 hatten die USA, Frankreich Großbritannien und die Sowjetunion gemeinsam festgehalten, dass das von der Nazi-Herrschaft befreite Österreich „für die Beteiligung am Krieg (Mit-)Verantwortung tragen“, aber „bei der endgültigen Regelung ... sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden“ soll.

Es war daher besonders wichtig, dass es - neben vielen MittäterInnen und MitläuferInnen des Nazi-Regimes - in Österreich auch mutige Frauen und Männer gab, die gegen den Nazi-Terror Widerstand geleistet hatten.

### Auch ZVPÖ-Funktionärinnen waren gegen die Nazidiktatur aktiv

Viele von ihnen waren nach dem Ende der Naziherrschaft teilweise in wichtigen Funktionen tätig.

**Heini Klein** (in den 70er und 80er Jahren sowohl Bundessekretär als auch Bundesobmann unseres Verbandes) hatte im April 1945, noch in den letzten Tagen des Kampfes um Wien, in der Sandleiten, gemeinsam mit anderen WiderstandskämpferInnen, mit einer mutigen Entwaffnungsaktion eine kampflose Befreiung von Ottakring und Hernalts ermöglicht und weitere Opfer in den letzten Kriegstagen verhindert (s. Bild S. 5).

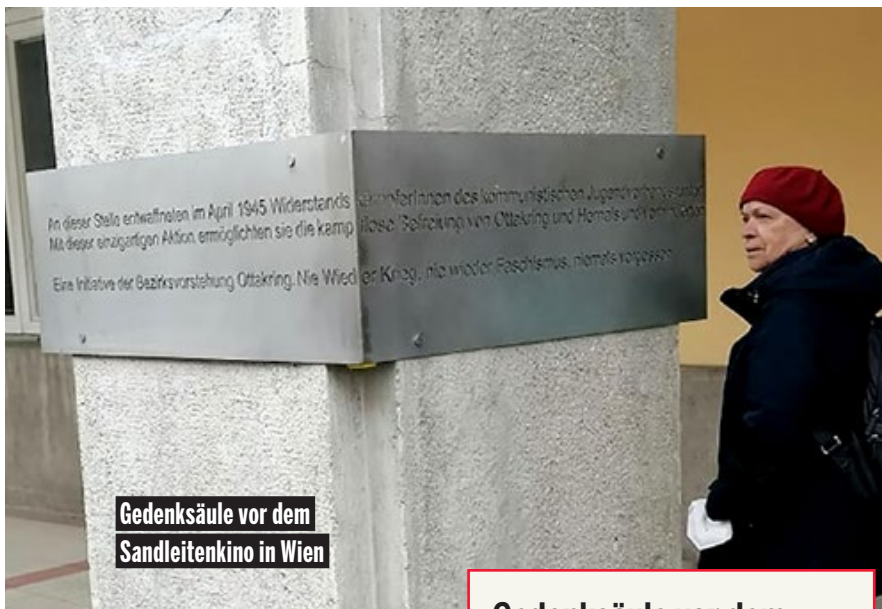
Auch unsere früheren steirischen Landesobleute, **Franz Leitner** und **Hertha Mandl-Narodoslawsky**, waren im Widerstand aktiv. Franz Leitner, hat als KZ-Häftling in Buchenwald, gestützt „auf eine gewachsene, verschworene und festgefügte Gemeinschaft von Erwachsenen und Jugendlichen“, zahlreichen jüdischen Kindern das Leben gerettet, weshalb er von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet wurde. Hertha hatte sich nach der Ermordung ihrer Mutter im Vernichtungslager Hartheim einer kommunistischen Widerstandsgruppe in Graz angeschlossen, die Hilfe

### ZVPÖ-Feier: „80 Jahre Befreiung und Wiedergeburt Österreichs“

**Dazu lädt der ZVPÖ Wien am  
Mittwoch, 9. April 2025,  
15:00 Uhr ein.  
Ort: 1110 Wien, Hugogasse 8  
(Roter Elefant)**

Nach Worten der Begrüßung durch Bundesobmann Michael Graber wird Rudi Burda musikalisch mit seinem

Akkordeon, begleitet von Gerhard (Billy) Wotawa, aus seinem 2020 erschienen Roman „Sandige Leiten, rote Saat. Widerstand im Westen Wiens“ lesen. Das Buch kann bei der Veranstaltung käuflich erworben werden. Es gibt auch die Möglichkeit, es vom Autor persönlich signieren zu lassen.



**Gedenksäule vor dem Sandleitenkino in Wien**

## Gedenksäule vor dem Sandleitenkino in Wien

### Die vollständige Inschrift im Wortlaut:

„An dieser Stelle entwaffneten im April 1945 WiderstandskämpferInnen des kommunistischen Jugendverbands unter Leitung von Heinrich Klein eine große Anzahl von Wehrmachtssoldaten im Tausch gegen Zivilbekleidung. Mit dieser einzigartigen Aktion ermöglichten sie die kampflose Befreiung von Ottakring und Hernalers und verhinderten damit weitere Opfer in den letzten Kriegstagen im Westen von Wien. Eine Initiative der Bezirksvorstehung Ottakring. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, niemals vergessen!“

für Frauen und Familien organisierte, deren Männer und Angehörige als Antifaschisten in Gefängnissen festgehalten oder bereits den Tod erlitten hatten.

**Oswalda (Ossi) Tonka**, aus Wien Favoriten, hatte sich zuerst als Mitglied des illegalen KJV (Kommunistischer Jugendverband) an Sabotageaktionen in ihrem Betrieb beteiligt, schloss sich ab 1944 dann der Jugoslawischen Befreiungsarmee an und war bis Kriegsende in deren Partisanenverband als Funkerin tätig.

Die Februarkämpferin **Anni Haider**, später neben ihrem frauenpolitischen Engagement auch im ZVPÖ in OÖ aktiv, war gemeinsam mit ihrem Mann Franz Haider auch gegen das Naziregime im Untergrund tätig. Sie wurde 1941 gemeinsam mit Margarete Schütte-Lihotzky u.a. AntifaschistInnen verhaftet. Im Landesgericht Wien teilte sie eine Zelle mit der katholischen Widerstandskämpferin Schwester Restituta, mit der sie über deren Hinrichtung hinaus und über alle ideologischen Differenzen hinweg verbunden blieb.

Der oberösterreichische Schriftsteller **Franz Kain** war ebenfalls bereits während des austrofaschistischen Ständestaats das erste Mal, und nach dem Anschluss Österreichs 1941 ein weiteres Mal verhaftet worden. Er wurde von den Nazis „wegen Hochverrats“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Danach in die Strafdivision 999 überstellt, geriet er bei einem Einsatz in Tunesien in US-Kriegsgefangenschaft, wo er seine schriftstellerische Tätigkeit begann. Später, als Mitglied des ZVPÖ, war er an meh-

rerer Mehrtagesfahrten unseres Verbandes ins Salzkammergut beteiligt und trug mit Lesungen aus seinen Romanen, Erzählungen und Novellen wesentlich zur literarischen Bereicherung dieser ZVPÖ-Ausflüge bei.

Alle diese Zeugnisse des Widerstandes unserer KollegInnen belegen eindringlich, dass wir 1945 nicht „den Krieg verloren haben“, „erobert und besetzt worden sind“, sondern dass Österreich damals durch die Rote Armee von der grausamen NS-Herrschaft befreit worden ist.

Allen KämpferInnen gegen Faschismus und Krieg wollen wir unser ehrendes Andenken bewahren und auch weiterhin gegen jede Form der Verharmlosung neofaschistischer Betätigung, von Antisemitismus, Rassismus und Menschenverachtung wachsam und aktiv tätig bleiben und dieses Vermächtnis auch an uns folgende Generationen weitergeben. ■



„Außerdem erhielten die Unternehmen in den letzten Jahren wegen Corona und Inflation enorme Förderungen durch den Staat, also aus dem Budget, das die arbeitenden Menschen zu 80% aus ihren Steuern und Abgaben befüllen. Machten die Unternehmerförderungen im Jahr vor Corona (2019) 4,6 Mrd. Euro aus, so schnellten die Subventionen 2020 und 2021 auf jeweils fast 16 Mrd. Euro (!) hinauf.“

### Österreichisches Solidaritätskomitee

Newsletter vom Dezember 2024.



„Wir müssen nüchtern feststellen, ein Teil der Arbeiter:innenklasse hat die Wandlung der FPÖ in den letzten Jahren mitvollzogen und wählt die FPÖ konsequent – also koste es was es wolle –, auch gegen eigene materielle Interessen.“

### Günther Hopfgartner

Bundesvorsitzender der KPÖ, in seinen „9 Thesen zum Kampf gegen Rechts“



„Die beiden einstigen Großparteien VP und SP sind wohl am Ende ihres „Lebenszyklus“ angelangt. Als Juniorpartner der FP wird VP unter 20% kommen. Die SP ist es – nach dieser Babler-Performance – wohl schon. Es werden neue Parteien kommen. Wahrscheinlich ist es auch längst Zeit dafür.“

### Wolfgang Rosam

Lobbyist, PR-Berater sowie Herausgeber und Chefredakteur des Gourmetmagazins *Falstaff* am 5. Jänner 2025 auf X.

# AUS DEN BUNDESLÄNDERN

## Wien

**Sprechstunden in Wiener Bezirksgruppen:** (nur gegen Voranmeldung unter Tel. Nr. 01/ 2146573)

**Beratungszentrum 2 & 22:** Goethehof, 22. Bez., Schüttaustraße 1 (Termine nur nach Vereinbarung)

**Leopoldstadt:** Praterstraße 54, 1. Stock, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 10 – 13<sup>h</sup>, Klubnachmittag jeden 1. Montag im Monat von 14 – 18<sup>h</sup>.

**Landstraße:** Baumgasse 29 – 31, jeden 1. Montag im Monat von 14 – 15<sup>h</sup>.

**Margareten:** Reinprechtsdorferstraße 6, jeden 1. Montag des Monats von 17-19<sup>h</sup>.

**Favoriten:** Pernersdorferhof, Troststraße 68-70 (Eingang um die Ecke Herzgasse 90). Sprechstage jeden 2. Dienstag im Monat von 17 – 18<sup>h</sup>.

**Simmering:** Hugogasse 8. Treffen finden jeweils jeden 2. Donnerstag des Monats von 15.00 – 17<sup>h</sup> statt (ausgenommen 10. April – dieser Termin entfällt)

**Meidling:** Cothmanstraße 11, jeden 2. Montag im Monat von 15 – 17<sup>h</sup>.

**Wien-West:** Drechslergasse 42, 1140 Wien, jeden ersten Mittwoch im Monat von 15 bis 18<sup>h</sup>.

**Donaustadt:** Wurmbbrandgasse 17, jeden 1. Dienstag im Monat von 14 – 15<sup>h</sup>.

**Liesing-Atzgersdorf:** Terramaregasse 17/15/R1 (Club 23), jeden Dienstag ab 15<sup>h</sup>.

## Wiener Donnerstagwanderungen

Die Wanderungen finden **wöchentlich jeden Donnerstag** (Feiertage sind ausgenommen) statt. Die jeweiligen Treffpunkte und Ziele werden kurzfristig festgelegt und auf unserer homepage [www.zvpoe.at](http://www.zvpoe.at) unter der Rubrik **Ausflüge/Wandern** bekannt gegeben, versehen mit dem Vermerk (\*) leicht, (\*\*) mittel, (\*\*\*) schwer.

Nähere Auskünfte und Rückfragen sind auch telefonisch bei Kollegen **Werner Schütz** unter **0680/5069560** möglich.



### Montag 24.02.2025: SeniorInnenführung im Haus des Meeres

**Treffpunkt:** 10:10<sup>h</sup> in 1060 Wien, Grünbaumplatz 1

**Kosten:** € 13,00 pro Person

**Anmeldung** bis spätestens

16.02.2025, E-Mail

johann.hoellisch@gmx.at oder tel.

bzw. per SMS: 0676/6969001

### Mittwoch, 26.3.2025: Gastvortrag von Monika Riedl (IHS): „Demografische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Gesundheitspolitik“

bei der Bundesvorstandssitzung des ZVPÖ, Beginn 10:00<sup>h</sup>, 1040 Wien, Gusshausstraße 14/1. Am Thema Interessierte sind als Gäste herzlich eingeladen

### Mittwoch, 07.5.2025: Frühlingsfahrt nach Carnuntum

**Busabfahrt. Treffpunkte:** 7:55<sup>h</sup> U1 Zentrum Kagran (Donauzentrum), 8:10<sup>h</sup> Floridsdorf U6/ Franz Jonasplatz (Spar), 08:45 Liesingerplatz S-Bahn, Busbahnhof) 09:00<sup>h</sup> U6 Siebenhirten) Anmeldung bei Koll. Christl Wenzka 0680 31 11 668, Koll. Brigitte Nowotny 0676 640 43 95 oder Dolfi Hickl 0664 734 93 144, Peter Kutalek 0664/4401400

## Niederösterreich

### Sprechstage:

**Brunn am Gebirge,** jeweils an einem Donnerstag im Monat ab 15.30<sup>h</sup> beim Heurigen Hössl, Bunn/ Gebirge, Wiener Straße 25. Nächste Termine: 13.02., 27.3. und 3.4.2025

**Wr. Neustadt:** Kollonitschgasse 12., nächster Termin: 10.04.2025<sup>h</sup> Telefon: 0664/440 14 00

**Krems:** Beratung und Auskünfte in Pensions- und Sozialfragen unter der Tel. Nr. 01/ 214 65 73

**St. Pölten:** Beratungen und Auskünfte des ZVPÖ jeweils am letzten Donnerstag im Monat von 16 bis 17.30<sup>h</sup> Andreas

Hoferstraße 4, 1. Stock (Eingang hofseitig).

**Fischamend:** Beratungstermin jeweils an einem Mittwoch ab 17.00h, Enzersdorferstraße 22.

## Steiermark

### Sprechstage:

**Kapfenberg:** Sprechstage und Zusammenkünfte jeden ersten Donnerstag im Monat ab 14<sup>h</sup> im „Franz Bair-Heim“, Feldgasse 8.

**St. Peter-Freienstein:** die Info-Stamm-tische finden jeweils am 2. Dienstag im Monat ab 14<sup>h</sup> im Freensteinerhof statt.

**Leoben:** Die Sprechstunden finden jeden 2. Monat, immer am 3. Mittwoch des Monats ab 14<sup>h</sup> im „Gasthaus Hallodri“ in Donawitz statt.

**Graz:** Sprechstage Dienstag bis Donnerstag 10 – 12<sup>h</sup>. Um Voranmeldung wird gebeten. Telefon: 0650/3200346. Jeden Donnerstag ab 13<sup>h</sup> Zusammenkunft im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus.

**Eisenerz:** Sprechstage jeden Montag von 09.00 – 12<sup>h</sup> in Eisenerz, Freiheitsplatz 1.

## Kärnten

### Sprechstage:

**Villach:** Sprechstage jeden letzten Donnerstag im Monat ab 14.30h im Seniorenclub Arbeiterheim, Ludwig-Walter-Straße 29. Voranmeldungen bitte unter Telefon 0699/10073931 oder e-mail: office.kr@zvpoe.at

**Klagenfurt:** Sprechstage finden jeden Dienstag von 12.00 – 14<sup>h</sup> im Volxhaus, Südbahngürtel 24 statt. Voranmeldungen bitte unter Tel. Nr: 0664/3275763 oder e-mail: office.kr@zvpoe.at

Folgende **Mitglieder** sind von uns gegangen. Wir wollen ihnen ein treues **Gedenken** bewahren und den Hinterbliebenen unser **aufrichtiges Beileid** aussprechen.

**Wien:** Kainz Josef  
Baumgartner Elisabeth  
Tabernik Otto

**Niederösterreich:** Marenitsch  
Ernestine

## Oberösterreich

### Sprechtage:

**Linz Voest-Kleinmünchen:** zu unseren monatlichen Versammlungen treffen wir uns jeden 1. Mittwoch im Monat im Gasthaus Seimayr, Steinackerweg 8, ab 14<sup>h</sup>.

**Oberösterreich:** Treffen finden jeden letzten Montag im Monat in Linz, Melicharstraße 8 ab 15.00h statt. Beratungen sind gegen tel. Voranmeldung von 14<sup>h</sup> bis 15<sup>h</sup> möglich. Kontakt über Koll. Hans Kropiunik Tel. 06643127737

## Tirol

### Sprechtage:

Unsere Sprechtage finden jeweils am 1. Donnerstag im Monat um 15<sup>h</sup> im Restaurant Urfam, Innsbruck, Gumpstraße 41, statt. Der nächste Termin ist am 03.04.2025.

## Salzburg

### Sprechtage:

Für Informationen und Fragen steht nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung: ZVPÖ Bundesleitung, Tel.: 01/214 65 73 oder e-mail zvpoe@aon.at

## Burgenland

### Sprechtage:

**Eisenstadt:** Sozialberatung und Beratung in Pensionsangelegenheiten. Vertraulich und kostenlos. Ab sofort jeden ersten Dienstag im Monat von 14 – 16<sup>h</sup>, Hauptstraße 26/1.Stock. Telefonische Voranmeldung unter 06660/7689334 unbedingt erbeten.

## Vorarlberg

### Beratung:

Für Informationen und Fragen steht nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung: ZVPÖ Bundesleitung, Tel.: 01/214 65 73 oder e-mail zvpoe@aon.at

## «REFORM-POLITIK» FÜR UNSERE ZUKUNFT



Karl Berger

## Leicht und fein gekocht



## Blätterteig-Röllchen (für 2 bis 4 Personen)

### Zutaten

1 Doppelpackung Blätterteig  
1 Glas fertige Pizzasauce  
150 g Toastschinken  
100 g Räucherlachs  
1 Sackerl geriebenen Pizzakäse  
Krenfrischkäse/Kräuterfrischkäse  
1 Sackerl Jungspinat  
Dillkraut/Schnittlauch/Oregano/  
Pfeffer nach Wahl  
Klarsichtfolie  
Backpapier

### Zubereitung

Für die Pizzaröllchen nehmen wir einfach Blätterteig, bestreichen eine Seite mit fertiger Pizzasauce, legen Toastschinken darauf und bestreuen das Ganze mit geriebenem Pizzakäse.

Für die Lachsroullchen bestreichen wir den Blätterteig mit Krenfrisch- oder Kräuterkäse und belegen mit Räucherlachs und Jung-

spinat. Mit geschnittenem Dillkraut oder Schnittlauch bestreuen.

Strudel kompakt zusammenrollen. Für kleine Röllchen den Strudel in Klarsichtfolie verpacken und für einige Zeit in den Kühlschrank legen, damit sie mehr Festigkeit bekommen. Danach in 2-Fingerdicke Scheiben schneiden und auf Backpapier auslegen – oder den Strudel im Ganzen mit dem Backpapier auf's Backblech. Für schöne Bräunung mit etwas Eidotter bestreuen.

Im vorgeheizten Ofen bei 200 Grad (Heißluft) so lange backen, bis der Blätterteig eine schöne braune Farbe bekommen hat. Für die Röllchen etwa 20 Minuten Backzeit berechnen, der ganze Strudel braucht etwas länger.

*Gutes Gelingen und viel Spaß beim Nachkochen wünscht Kollegin Sigrid aus Niederösterreich.*

# WIR GRATULIEREN

Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir infolge Platzmangels nicht alle Geburtstage veröffentlichen können. Wir gratulieren grundsätzlich vom 50. Geburtstag angefangen alle fünf Jahre, vom 80. Geburtstag aufwärts alljährlich, soweit diese Geburtstage von den Landesleitungen beziehungsweise den Ortsgruppen mitgeteilt werden. Aus Datenschutzgründen werden Altersangaben nur mehr in Ausnahmefällen veröffentlicht!

## Wien

**2. Bezirk:** Krump Erika, Krump Hildegard, Dobritzhofer Erika, Iraschko Josef  
**3. Bezirk:** Mantlik Ilona, Wolrab Ernst  
**5. Bezirk:** Straub Brigitte, Abrahamsberg Evelyn, Jamkojian-Huber Sonja  
**6. Bezirk:** Faseth Anneliese  
**8. Bezirk:** Fuxbauer Ina  
**10. Bezirk:** Schütz Werner, Tesinsky Hilde, Brezovits Emma, Broz Inge, Broz Oswald, Grepl Josef, Janda Christa, Kdolsky Gerda, Suchanek Erna, Wotava Elfriede, Zizka Robert  
**11. Bezirk:** Wawra Ilse, Jonischkeit Oliver, Wallner Hermann  
**12. Bezirk:** Mickha Erna, Ural Hasan  
**14. Bezirk:** Moreno Odette  
**16. Bezirk:** Radocha Anneliese  
**21. Bezirk:** Nowotny Ottilie, Luxbacher Gertrude, Fida Walter, Kohoutek Anna, Kreitmayer Walter, Kulicek Hannelore, Weis Gertrude  
**22. Bezirk:** Björkedal Elisabeth, Wenzka Christine  
**23. Bezirk:** Hoffmann Mathilde, Wurzinger Irene

## Wir gratulieren

unserem ambitionierten und bewährten Reiseleiter, Kollegen **Peter Kutalek**, zum 75. Geburtstag!

## Niederösterreich

**Brunn:** Bekarek Gertrude, Böhm Karl, Cerny Christine, Darabos Leopoldine, Fronaschitz Rudolf, Frühwirt Barbara, Kocurek Inge, Krammer Gertrude, Petschger Norbert, Tanzer Notburga, Juricek Franz  
**Wr. Neustadt:** Eigner Maria, Konrad Helene, Mladek Traude, Pichler Hermine, Stangl Margarete, Wieselthaler Erna  
**Perchtoldsdorf:** Vondrus Leopold, Salat Ingeborg, Fischer Christine, Hirsch Gertrude  
**Gänserndorf:** Haslacher Peter Alex  
**Gross Enzersdorf:** Illitz Hermine



**Paudorf:** Fasl Katharina  
**Wienersdorf:** Kreiner Margarete  
**Ternitz:** Zeillinger Gertrude, Wimmer Dubrovka  
**Strasshof:** Resl Gisela  
**Neusiedl/Zaya:** Prantl Erika  
**Kapellafeld:** Zeilinger Ernst  
**Felixdorf:** Kochansky Willi  
**Maria Enzersdorf:** Sternacker Johann  
**Wiener Neudorf:** Komarek Auguste  
**Steinabrückl:** Ulm Maria  
**Pottendorf:** Geisbüchler Franz  
**Baden:** Kollos Elfriede

## Oberösterreich

**Voest-Linz Kleinmünchen:** Marwan Sieglinde, Schätzl Heidi, Zahlberger Stephana, Frühwirt Johann, Frühwirt Adele, Kepplinger Silvia, Kepplinger Renate, Wintersberger Karin  
**Gruppe OÖ:** Buchinger Christian, Mikesch Leopold

## Steiermark

**Graz:** Birnstingl Gertraud, Stanislavce, Furmann Mathilda, Kern Hildegard, Krenn Karl, Lechner Josefa, Lesch Gisela, Meichenitsch Hermann, Schauerl Herbert, Strini August, Wissiak Manfred, Kandolf Anna, Koschak Gerta, Kulmitzer Erna, Ettel Stanislavce, Klug Otto, Kummer Christine, Lohr Hermann, Reiss Maria  
**Eisenerz:** Frey Hanni, Girlinger Gabriele, Harrich Anna Maria, Köhler Meinrad, Seebacher Siegbert, Winter Ferdinand  
**Köflach:** Lendl Sigrid  
**Rosental:** Macher Johann  
**Söding:** Wachsmann Erna  
**Hiefrau:** Reisner Viktoria

**St. Martin:** Rauter Gottfried  
**Bärnbach:** Maier Justine  
**Kapfenberg:** Stanzl Margaretha, Leger Hildegard  
**Fohnsdorf:** Drobesh Renate, Holzer Ulrike, Maritschnig Hans  
**Kalwang:** Angerer Heidrun  
**Mixnitz:** Roßoll Jürgen  
**Mürzzuschlag:** Taberhofer Maria  
**Trofaia:** Pontesegger Renate

## Kärnten

**Klagenfurt:** Haderlap Irmgard, Krump Frieda, Rauscher Ingrid, Rauter Gerda, Glaboniat Waltraud, Petek Ida  
**Wölfnitz:** Jessenitschnig Alfred  
**Friesach:** Pauschin Elfriede, Troicher Maria, Vorreiter Margit  
**St. Andrä:** Seidl Josef  
**Villach:** Klingelhöffer Erich, Trink Walter  
**Riegersdorf:** Gallob Erna  
**Feldkirch:** Kronegger Eleonore  
**Fürnitz:** Tarmann Anton, Tarmann Martha,  
**Gödersdorf:** Willitsch Aloisia  
**Rosegg:** Mikula Josefine  
**Feistritz:** Uggowitz Helene  
**St. Salvator:** Markitz Albine

## Vorarlberg

**Feldkirch:** Pratter Helga  
**Dornbirn:** Diex Maria, Rogely Marlies  
**Göfis:** Keith Erich, Schmid Uta  
**Röthis:** Rauch Elisabeth  
**Mittelberg:** Greiner Hermann  
**Hohenems:** Hahn Rosa

## Salzburg

**Salzburg:** Egger Helga



# Pensionsanpassung oder Pensionserhöhung?

**Immer wieder vernehmen wir aus Medien und von ExpertInnen aller Couleur wie stark doch die Erhöhungen der Pensionen ausfallen und welche hohen Kosten der Staat nun zu tragen habe.**

Richtig ist aber, dass es sich dabei nicht um eine tatsächliche Erhöhung der Pensionen handelt, also nicht um mehr Kaufkraft, sondern die Pensionen werden an die durchschnittliche Inflation der letzten 12 Monate

angepasst. In der Theorie heißt das, die PensionistInnen haben nach der Anpassung zumindest wieder so viel Einkommen zur Verfügung wie vor einem Jahr. In der Theorie! Denn das ist nur dann der Fall, wenn die Infla-

tion, sprich Teuerung, bei Null stehen bleibt. Das tut sie im Normalfall aber nicht. Denn die Zentralbank plant und zielt auf eine für Währung und Staatshaushalt genehme Inflation von rund zwei und nicht null Prozent. Die PensionistInnen müssen daher immer Kaufkraftverlust hinnehmen und einer Pensionsanpassung nachlaufen. Nebenbei bemerkt ist auch die Bezeichnung des dafür geschaffenen Gesetzes, Pensionsanpassungsgesetz (PAG) und nicht Pensionserhöhungsgesetz.

Zu bedenken ist auch noch: Jede Pensionsanpassung entspricht zwar den gesetzlichen Vorgaben, berücksichtigt aber nicht, dass PensionistInnen in der Regel stärker von der Teuerung getroffen werden als der Inflationswert angibt. Sie haben aufgrund ihres Alters ein anderes Konsumverhalten als die übrigen Altersgruppen, weshalb der ZVPÖ seit Jahren eine gerechte Pensionsanpassung auf Basis eines eigenen Pensionistenpreisindex einfordert. ■

## Wichtige Zahlen 2025 - Pensionsanpassung, Pflegegeld und Co.

**Die hier präsentierten Zahlen können nur einen kurzen Überblick über diese umfangreiche Thematik bieten. Für Detailfragen bitte an den ZVPÖ wenden. Beratung in Fragen zur Pension steht allen ZVPÖ-Mitgliedern kostenlos zur Verfügung!**

**Bundespflegegeld** wird 2025 in allen Pflegestufen um 4,5 % erhöht.

Stufe 1: € 200,80

Stufe 2: € 370,30

Stufe 3: € 577,00

Stufe 4: € 865,10

Stufe 5: € 1.175,20

Stufe 6: € 1.641,10

Stufe 7: € 2.156,60

**Pensionen.** Die Pensionen steigen 2025 um 4,6 Prozent. Geringer fällt die Anpassung bei sehr hohen Bezügen von 6.060 Euro oder mehr aus – hier gibt es einen Fixbetrag von 276,76 Euro.

**Mindestpensionen.** Der sogenannte

Ausgleichszulagenrichtsatz bei Mindestpensionen steigt auf € 1.273,99 pro Monat (für Einpersonenhaushalte).

**Ausgleichszulage.** Die Richtsätze wurden zum 1.1.2025 um 4,6 % erhöht.

**Rezeptgebühr.** Die Rezeptgebühr steigt von bisher 7,10 auf € 7,55.

**Heilbehelfe.** Der Mindest-Kostenanteil für Heilbehelfe steigt von 40,40 auf € 43.

**Absetzbeträge.** 2025 werden wesentliche steuerliche Absetzbeträge, wie etwa der Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag sowie die Verkehrs- und Pensionistenabsetzbeträge, zu 100 Prozent an die Inflation angepasst.

## Buchtipps

### SozialwissenschaftlerInnen legen eine erste komprimierte Analyse der letzten Krisenjahre von Pandemie bis Teuerung vor

Gesundheitskrise, Teuerungskrise, Demokratiekrise, Klimakrise, Finanzkrise. Welche Auswirkungen haben die Vielfachkrisen auf die Armut und die Menschen, die von Armut betroffen sind? Diese Frage leitet die Beiträge in dem Sammelband *Armut in der Krisengesellschaft*, erschienen im Herbst 2025 im Löcker Verlag. Die AutorInnen Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann, Martin Schenk und Christine Stelzer-Orthofer legen hier eine erste komprimierte Analyse der letzten Krisenjahre von Pandemie bis Teuerung vor. Um die Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu verbessern und an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen, erweist sich diese Standortbestimmung der AutorInnen als zweckmäßig.

Im ersten Teil des Buches stehen die Krisen und Katastrophen – und

ihre Auswirkungen auf Armut und Armutsbetroffene – im Mittelpunkt der Analysen. Die AutorInnen zeigen auf, dass sich diese Krisen vor allem auf jene Bevölkerungsgruppen auswirken, die ohnehin häufig von Armut bedroht sind, und so deren prekäre Situation verschärfen. Sie weisen nach, dass sich die klassischen Armutsrisikogruppen kaum verändert haben. Die höchsten Armutsgefährdungsriskien betreffen nach wie vor Arbeitslose, NiedrigeinkommensbezieherInnen, Alleinerziehende oder Großfamilien.

### Krisenzeiten: Ist Armutsbekämpfung möglich?

Im zweiten Teil werden die Armutsberichterstattung und Diskurse in den Blick genommen. Im dritten Teil steht schließlich die

Armutsbekämpfung selbst zur Diskussion.

Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes geben einen Überblick zur aktuellen Debatte. Sie analysieren, was im Kontext aktueller Krisen armutspolitisch besser oder anders gemacht werden kann, um das Ausmaß von Armut nachhaltig zu reduzieren. ■

### Armut in der Krisengesellschaft



Hrsg. v. Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann, Martin Schenk, Christine Stelzer-Orthofer.  
Taschenbuch, 362 Seiten.  
Löcker Verlag,  
1. Edition, 2024.  
Preis: € 29,80

# Community Nursing – ein Update

**Zur Erinnerung: Community Health Nursing zielt darauf ab, ein gemeindebasiertes Versorgungskonzept zu schaffen, das wohnortnah, niederschwellig und bedarfsorientiert ist. Es soll zur Entlastung anderer LeistungsträgerInnen im Gesundheitswesen beitragen.**

## Hier zum Stand der Dinge

Von den ursprünglich im türkisgrünen Regierungsprogramm von 2019 anvisierten 500 Projekten konnten rund 120 mit EU-Geldern in Höhe von € 54,2 Mio. Euro in Angriff genommen werden. 285.000 Euro an öffentlichen Geldern wurden bis Ende 2024 von der Gesundheit Österreich GmbH. (GÖG) zur Evaluierung der österreichweiten CN-Projekte vergeben.

Durch die Aufnahme des Community Nursing (CN) in die Zweckbestimmungen des Pflegefondsgesetzes wurde 2023 eine grüne Duftmarke gesetzt.

## Schwarzer Peter liegt bei den Gemeinden

Die weitere Finanzierung der CN-Projekte ab 2025 muss in den Ländern nicht, kann aber mit Anteilen aus den zugewiesenen Pflegefondsgeldern erfolgen. Denn: Die Landesvertreter waren sich bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich – unabhängig von der politischen Färbung – unisono einig, dass generell die Entscheidungshoheit über die detaillierte Vergabe der Pflegefondsgelder bei den Ländern verbleiben muss.

Mit anderen Worten: Das gesamte Geld für die finanzielle Absicherung der CN-Projekte liegt zwar bei den Ländern, diese können aber auf Basis ihrer verfassungsgemäßen Hoheitsrechte den Grad der Ausfinanzierung der CN-Projekte selbst bestimmen. Die Länder argumentieren hier mit Bedarfsorientierung und beziehen die finanziellen Anforderungen der übrigen Leistungsverpflichtungen nach dem Bundes-Pflegefondsgesetz mit ein. Hier wird Druck auf die einzelnen Gemeinden ausgeübt, indem diese zur Mitfinanzierung von CN-Projekten aufgefordert werden. Ob man Stunden reduziere oder selbst zuschieße, wird künftig in vielen Bundesländern dem finanzschwächsten Player, den Gemeinden, überlassen.

Insgesamt zeigt sich an diesem Beispiel neuerlich die „Schönheit und Eleganz“ des föderalen Fleckerlteppichs bei der Pflege, bei dem es für die Betroffenen letztlich darauf ankommt, am richtigen Fleckerl zwischen Boden- und Neusiedlersee zu liegen zu kommen.

Es ist kein Zufall, dass von den politischen EntscheidungsträgerInnen in jenen Gebieten, in denen Wahlen anstanden und anstehen, die volle

## Tropfen auf dem heißen Stein

Auf Wiener Ebene kündigt sich bereits der kommende Landtagswahlkampf an. Dort waren die geförderten CN-Projekte mit 8 diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen im 3., 11., 15., 20. und 21. Bezirk eng mit dem Leistungssystem des Fonds Soziales Wien (FSW) verknüpft.

Aus dem grünen Lager hört man vereinzelt, dass der Wiener Stadtrat



**Noch ist der Ausbau der geplanten und versprochenen 500 Community-Nursing-Zentren ausständig.**

finanzielle Ausstattung für ein Weiterführen der laufenden CN-Projekte zugesagt wird. Allerdings: Was kündigt eine neue Landesregierung das Geschwätz von gestern? Im neuen blau-schwarzen Arbeitsübereinkommen für das Land Steiermark kommt das CN wenigstens begrifflich vor. Im Vorarlberger Arbeitsübereinkommen zwischen OVP und FPÖ steht darin kein Wort.

für Soziales, Gesundheit und Sport das CN ganz abdrehen will. Demgegenüber wird beim FSW auf eine hauseigene Evaluierung der CN-Projekte verwiesen.

Der FSW will einige der bisherigen 8 Community Nurses ab Jänner 2025 als zusätzliches Team in das

FSW-KundInnenservice und das bestehende Beratungsangebot eingliedern. Die bisherigen Wiener Pilot-Projekte zum Community Nursing sollen dabei für alle Bereiche des KundInnenservice Beratungen zur Gesundheitsförderung und -prävention sowie Workshops und Informationsveranstaltungen durchführen.

Man darf gespannt sein, wie niederschwellig und situationsgerecht dieser Tropfen auf dem heißen Stein für die 450.000 über 60-jährigen WienerInnen sein wird, aus denen sich der Großteil der zu Betreuenden rekrutiert.

## Evaluierungen

Bislang sind dazu zwei Studien veröffentlicht worden.

Die Befragungsergebnisse belegen den mangelnden Fokus auf Gemeinde- und Gesamtsystem und dass sich die österreichischen CN-Pilotprojekte stark auf Beratungs-, Präventions- und Koordinationstätigkeiten für Einzelpersonen konzentrieren.

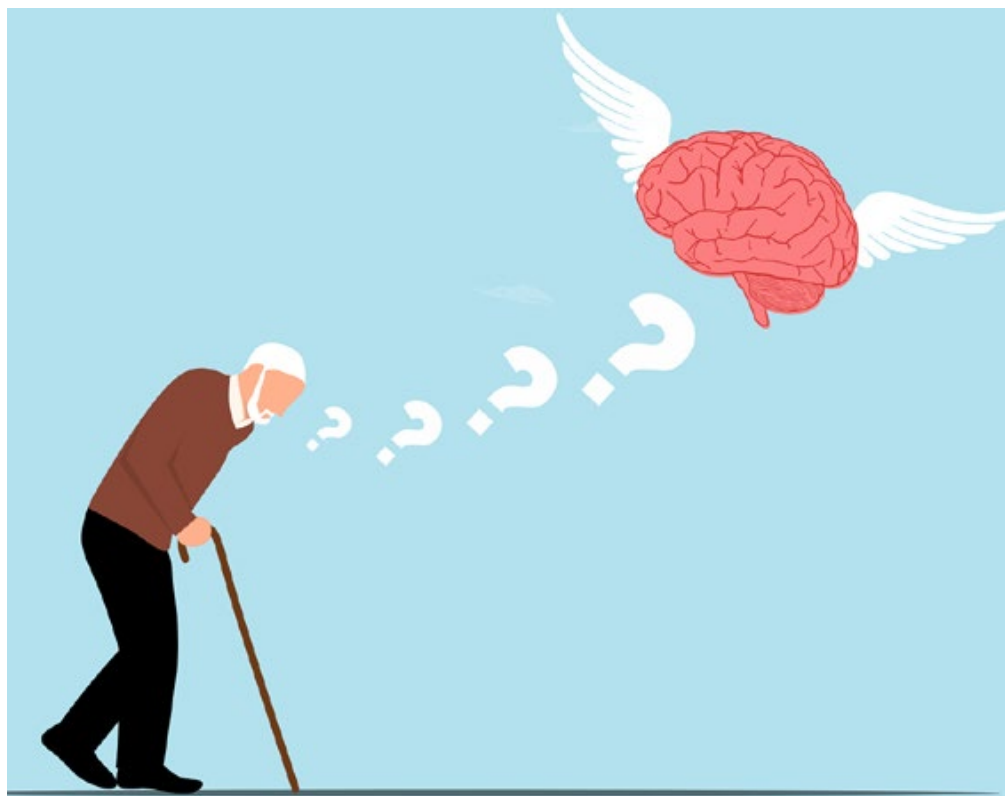
Fast jede\_r zweite der befragten Community Nurses gibt aber an, dass die Grundausbildung als DGKP (Diplomierte Gesundheits- und KrankenpflegerIn) sie eher nicht gut auf die Tätigkeit als CN vorbereitet hat.

Die qualitativen Daten aus Bürgermeister-Interviews zeigen, dass durch die Unterstützung der Community Nurses in pflegerischen und gesundheitlichen Belangen die Gemeinden als Lebensmittelpunkt attraktiver werden.

Auch konnte nachgewiesen werden, dass die Inanspruchnahme von beispielsweise Physiotherapie, Logopädie und mobiler Betreuung steigt, also einen kostentreibenden Effekt hat.

Diese erhöhten kurzfristigen Kosten sind dabei aber als Investitionskosten zu werten. Sind doch die nachweisbaren Kosten für die Betreuung einer Person im Pflegeheim in Österreich im Vergleich zu einer Betreuung im eigenen Zuhause unter Berücksichtigung der Kosten von CN im Jahr um durchschnittlich €20.000 höher.

Aus Sicht des ZVPÖ sollte auf Basis der wissenschaftlichen Evaluation endlich bundesweit verpflichtend in allen Ländern strukturell weitergedacht, geplant und mit Vernunft gehandelt werden. ■



Mohamed Hassan / Pixabay

## Grauzone Demenz

### Du pflegst eine/n Angehörige/n zuhause?

Kollegin S. schreibt uns: „Ich habe für meinen Mann (so wie ich Pensionist), dessen Gesundheitszustand sich verschlechtert und der vor allem an fortschreitender Demenz leidet, die Einstufung für das Pflegegeld von Stufe zwei auf Stufe drei bei der PVA beantragt. Nach Begutachtung durch die PVA wurde das Ansuchen abgelehnt, ebenso mein Rekurs beim Arbeits- und Sozialgericht. Die Gutachter kamen angeblich nur auf 103 Stunden Pflegebedarf statt auf 120 Stunden als Voraussetzung für Stufe drei. Allerdings finde ich auf der Homepage des Sozialministeriums den Hinweis:

*„Bei der Feststellung des Pflegebedarfes wird die spezielle Situation von Menschen mit demenziellen Beeinträchtigungen mit einem Erschwerenzuschlag im Ausmaß von 45 Stunden berücksichtigt. Dieser Zuschlag soll im fortgeschrittenen Stadium der Erkrankung den Mehraufwand für die Pflege erschwerenden Faktoren der gesamten Pflegesituation pauschal abgelten.“*

Ich kann meinen Mann inzwischen nicht mehr alleine lassen, mein Betreuungs- und Pflegeaufwand Tag

und Nacht ist dramatisch gestiegen, wird aber nicht anerkannt, weil er offenbar nicht in das Schema passt.

Ein zweites Beispiel, wie mit demenzen Menschen umgegangen wird: Ich habe für mich und meinen Mann eine Reha beantragt. Meine Reha wurde bewilligt, die für meinen Mann mit der Begründung abgelehnt, dass er wegen der Demenz nicht ‚kurfähig‘ sei, obwohl der Chefarzt der Reha-Anstalt das Gegenteil festgestellt hat und ich als Begleitperson zur Verfügung gestanden bin. Ich hätte die Kur also ohne meinen Mann antreten müssen, was allerdings nicht möglich war. Er ist letztendlich als Selbstzahler mitgefahren. Eine Refundierung der Behandlungskosten wurde ebenfalls abgelehnt.

Hätte mein Mann beim Pflegegeld Stufe drei bekommen, hätte ich eine Ersatzleistung für die Betreuung meines Mannes während meiner Reha bis zu € 1.500 bekommen, statt die derart ‚erzwungenen‘ Behandlungskosten für meinen Mann bezahlen zu müssen.“ ■

# 10-Punkte-Forderungsprogramm

## aller SeniorInnenverbände an die RegierungsverhandlerInnen!

**Die jüngste Sitzung des Vorstands des Seniorenrates am 20. Jänner 2025 stand im Zeichen der laufenden Regierungsverhandlungen.**

Beschlossen wurde ein zehn Punkte umfassendes Forderungsprogramm, das sich an die RegierungsverhandlerInnen richtet und von allen SeniorInnen-

verbänden unterstützt wird. An der Spitze ihrer gemeinsamen Forderungen steht:

**Die Budgetsanierung darf nicht im besonderen Maße und vor allem nicht einseitig zu Lasten der Pensionistinnen und Pensionisten gehen.**

Weiters gefordert werden:

- **Maßnahmen gegen die Teuerung,**
- **keine Reduktion der jährlichen Pensionsvalorisierungen,**
- **keine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters,**
- **wirksame Bekämpfung der Altersarmut,**
- **dauerhafte Abschaffung der Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung,**
- **Präventionsausbau und kürzere Wartezeiten bei Arztterminen oder Operationen**
- **eine umfassende Pflegereform, sowie**
- **ein Verbot von Altersdiskriminierung in der Bundesverfassung.**

Ein noch wesentlich umfangreicheres Programm, das allen Parlamentsparteien vorgelegt wurde, hatte der Seniorenrat bereits vor der Nationalratswahl beschlossen. Kritik gab es auch an einer Aussendung der Präsidentin des Österreichischen SeniorInnenbundes und ÖVP-Politikerin Korosec, die ihre

Bereitschaft zu Einsparungen im Pensionsbereich signalisiert hatte.

Kollege Michael Graber unterstützte als Vertreter des ZVPÖ im Seniorenrat die Resolution und hob vor allem unsere Forderung nach Erhöhung der Ausgleichszulage über die Armutsgrenze hervor.

**Besuchen Sie unsere Website.**

**Aktuelle Themen und Termine gibt's unter**

**[www.zvpoe.at](http://www.zvpoe.at)**



**aktiv LEBEN**

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:  
„aktiv leben“ • Organ des Zentralverbandes  
der Pensionistinnen und Pensionisten  
Österreichs • Gegründet 1924

Herausgeber und Verleger:  
Zentralverband der Pensionistinnen und  
Pensionisten Österreichs.  
Redaktion: 1020 Wien, Praterstraße 54/8a  
Tel.+Fax: 01/214 65 73,  
E-Mail: [zvpoe@aon.at](mailto:zvpoe@aon.at). Fotos: Archiv.  
Grafik und Herstellung: [typothese.at](http://typothese.at)

P.b.b. – Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien Z-Nr.: GZ 02Z030662M  
**Retouren an ZVPÖ, Praterstraße 54/8A, 1020 Wien**